

BIETIGHEIMER ZEITUNG

Donnerstag, 28. Oktober 2021
43. Woche / Nummer 250
Euro 2,10
www.bietigheimerzeitung.de

BISSINGER ANZEIGER
BISSINGER ZEITUNG
SACHSENHEIMER ZEITUNG
BÖNNIGHEIMER ZEITUNG

SÜDWEST PRESSE Partner für den Landkreis Ludwigsburg · Unabhängiges und überparteiliches Presseorgan · ENZ- UND METTER-BOTE · BIETIGHEIMER TAGBLATT

Aus Stadt und Kreis



Klärschlamm: Auch Besigheim kritisiert EnBW

Besigheim/Walheim. In der Debatte wird der Widerstand gegen das EnBW-Projekt immer größer – und der Ton rauer. Der Vorwurf: Der Konzern wolle gewählte Gremien umgehen.

Aus Stadt und Kreis Seite 13

CDU will Diskussion über Steuersenkung

Bietigheim-Bissingen. Der Finanzwirtschaftsbericht verheißt eine leichte Besserung der Lage. CDU-Fraktionschef Thomas Wiesbauer will deshalb die Steuererhöhung zurückfahren.

Aus Stadt und Kreis Seite 11

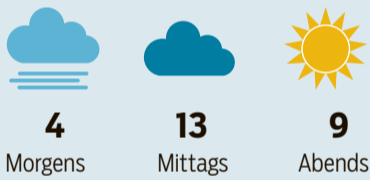
Noch mehr Pfarrstellen fallen weg

Kreis Ludwigsburg. Der fusionierte evangelische Kirchenbezirk Vaihingen-Ditzingen ist weiter im Wandel. Umstrukturierungen stehen an.

Aus Stadt und Kreis Seite 12

Das Wetter

im Landkreis Ludwigsburg



Die Region online

Wie läuft der Tag in Bietigheim-Bissingen, in Bönnigheim, Sachsenheim und der Region Ludwigsburg?

Alle Nachrichten gibt es zu jeder Zeit im Internet unter

bietigheimerzeitung.de

und auf [Facebook](https://www.facebook.com/bietigheimerzeitung)

Die Region auf einen Blick – schnell, informativ und unterhaltsam.

BIETIGHEIMER SACHSENHEIMER BÖNNIGHEIMER ZEITUNG

So erreichen Sie uns:

Leserservice/Abo

Montag – Freitag, 7.30 – 16.00 Uhr

Telefon 07142 / 403-231

Fax 07142 / 403-122

leserservice@bietigheimerzeitung.de

Anzeigen

Montag – Freitag, 9.00 – 17.00 Uhr

Telefon 07142 / 403-555

Fax 07142 / 403-125

anzeigen@bietigheimerzeitung.de

Redaktion

Telefon 07142 / 403-410

Fax 07142 / 403-128

redaktion@bietigheimerzeitung.de

Druck- und Verlagsgesellschaft Bietigheim mbH

Kronenbergstraße 10

74321 Bietigheim-Bissingen

Telefon 07142 / 403-0

www.bietigheimerzeitung.de



RIN im BZ-Gespräch: Von Kleinstadt, Kuchen und der Kreisliga

RIN ist einer der erfolgreichsten Rapper Deutschlands – und kommt aus Bietigheim-Bissingen. Im Interview mit der BZ spricht der Musi-

ker über sein drittes Album „Kleinstadt“, das diesen Freitag erscheint. Er verrät, warum er noch immer in seiner Heimatstadt lebt und warum ein

Stück Kuchen am Sonntag ein wichtiges Ritual für ihn ist.

Aus Stadt und Kreis Seite 9

Kommentar
Michael Gabel
zur Debatte um
Kinderimpfung



Immer auf die Kleinen

Es klingt logisch: Wenn sich ein Teil der Erwachsenen beharrlich weigert, sich gegen Corona impfen zu lassen – oder wie im Fall Kimmich noch abwarten will –, dann müssen eben die Kinder ran. Das verbessert die Impfstatistik und bringt uns der Herdenimmunität ein gutes Stück näher.

Doch die Pläne aus den USA, auch Kinder unter zwölf Jahren zu impfen, sind der falsche Ansatz. Zum einen, weil Kinder lange nicht so gefährdet sind wie ältere Menschen, schwer an Covid-19 zu erkranken; das Problem würde also nicht an der Wurzel gepackt. Zum anderen wäre es unfair, die Kinder heranzuziehen, um die Versäumnisse Älterer wettzumachen. Zumal nicht klar ist, ob bei den unter Zwölfjährigen mögliche Schäden durch Impfungen nicht schwerer wiegen als Schäden durch die Krankheit.

Insofern ist es gut, dass in Deutschland die Ständige Impfkommission erst mal bremsen, und die europäische Arzneimittelbehörde EMA die Daten aus den USA intensiv prüfen möchte. Bis auf Weiteres gibt es keine Alternative dazu, erwachsene Impfskeptiker vor Schutz durch Impfen zu überzeugen. Bayern-Star Kimmich könnte da mit zwei Piksen Maßstäbe setzen.

Geringeres Wachstum

Prognose Engpässe in Lieferketten bremsen die Wirtschaft aus.

Berlin. Nach den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten hat auch die Bundesregierung für 2021 die Wachstumsprognose deutlich nach unten geschraubt. Wegen anhaltender Lieferengpässe und hoher Energiepreise rechnet sie für 2021 nur mit einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 2,6 Prozent, im April war noch ein Plus von 3,5 Prozent vorhergesagt worden. Jedoch gehe die Regierung davon aus, dass das Wachstum „nicht wegfällt“, sondern sich auf 2022 verschiebe. *afp*

Leitartikel Seite 2 und Wirtschaft

Ampel-Koalitionäre wollen Corona-Sonderlage beenden

Pandemie Trotz steigender Infektionszahlen sollen drastische Einschränkungen wie Ausgangssperren bald nicht mehr möglich sein.

SPD, Grüne und FDP wollen die Rechtsbasis für drastische Corona-Einschränkungen zum 25. November auslaufen lassen. Die „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ soll nach dem Willen der möglichen Koalitionspartner nach rund 20 Monaten enden. Bis zum Frühjahr sollen den Ländern aber noch diverse Vorgaben möglich sein. Spätestens am 20. März soll es das Aus für sämtliche Corona-Beschränkungen geben. SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese verspricht den

Bundesländern einen „sicheren Rechtsrahmen“.

„Schulschließungen, Lockdowns und Ausgangssperren wird es jedenfalls mit uns nicht mehr geben und sind auch in der aktuellen Situation unverhältnismäßig“, sagte Wiese bei einem Auftritt mit Grünen und FDP. Auflagen für Schulen sind in einem Eckpunktepapier der drei Fraktionen allerdings ausdrücklich weiter als mögliche Maßnahmen vorgesehen. Weiter anordnen können sollen die Länder zudem: Maskenpflicht, Zugangsregeln nur für Geimpf-

te, Genesene und Getestete, Hygienekonzepte, Abstandsgebote, Kontaktdaten-Erfassung.

Bisher knüpfen Corona-Vorgaben laut Infektionsschutzgesetz daran an, dass der Bundestag die epidemische Lage feststellt. Das Parlament hatte dies erstmals im März 2020 getan und mehrfach bestätigt. Als Hauptgrund für den Lockdownkurs wird nun der Fortschritt der Impfungen genannt.

„Die Ampel-Koalitionäre müssen nachlegen“, forderte Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU), zu-

gleich Chef der Gesundheitsministerkonferenz. Die Pandemie bleibe unberechenbar. „Ob sie am 20. März 2022 vorbei sein wird, weiß heute niemand.“ Holetschek und der Unionsfraktionsvize Stephan Stracke (CSU) bemängelten den Plan, dass den Ländern auch die Chance genommen werden soll, die derzeit möglichen Corona-Einschränkungen nach Ende der epidemischen Lage mit einem Landtagsbeschluss selbst jeweils weiter anzuwenden. *dpa*

Kommentar und Themen des Tages

Land ändert das Wahlrecht

Baden-Württemberg Das Gesetz soll im November beschlossen werden.

Stuttgart. Die politische Mehrheit für eine Reform des Wahlrechts in Baden-Württemberg steht. Die grün-schwarze Regierungskoalition will im November mit der SPD einen gemeinsamen Gesetzestext beschließen und in den Landtag einbringen. Darauf haben sich die drei Fraktionen nach Angaben vom Mittwoch in Stuttgart geeinigt. Die FDP nahm ebenfalls an den

Gesprächen am Vorabend teil, sie ist aber nicht mit im Boot. „Ein Parlament, das jünger, vielfältiger und weiblicher wird – das haben wir versprochen, und das werden wir liefern“, sagte der Fraktionschef der Grünen, Andreas Schwarz, nach der Einigung. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Manuel Hagel erwartet ein „top-modernes Wahlrecht“.

Nach den Vorstellungen des Dreierbündnisses soll es in Baden-Württemberg ähnlich wie im Bund ein Zwei-Stimmen-Wahlrecht geben. Wählerinnen und Wähler sollen dann mit der Erststimme ihren Direktkandidaten im Wahlkreis in den Landtag wählen können. Die Zweitstimme soll wie bei der Bundestagswahl an eine Partei gehen. Anders als bei der Bundestags-

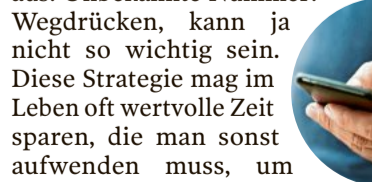
wahl hat jeder bislang bei der Landtagswahl nur eine Stimme, es gibt keine Landeslisten und die Stimmzettel sind in den 70 Wahlkreisen unterschiedlich. Mit seiner Stimme votiert ein Wähler für den Direktkandidaten eines Wahlkreises. Diese eine Stimme wird aber zugleich für die proportionale Sitzzuteilung einer Partei im Landtag gezählt. *dpa*

Kein Anschluss unter dieser Nummer

Das Selbstbild der US-Amerikaner, das wird schon durch ihre Nationalhymne deutlich, ist das eines Landes voller freier und mutiger Menschen. Die Rocky Mountains im Bundesstaat Colorado stehen sinnbildlich für dieses Motiv. Schier unendliche Freiheit auf über 4400 Höhenmetern, deren Erklärung allerdings auch viel Mut erfordert. Wer hier vom Weg abkommt, für den kann es schnell ungemütlich werden. Zum Glück gibt es die rettende Bergwacht.

Die Behörde hat nur ein Problem: Wenn sie eine Vermis-

stenanzeige erhält und die Person anruft, gehen viele nicht an ihr Smartphone. Der Grund sagt einiges über die moderne Zeit aus. Unbekannte Nummer? Wegdrücken, kann ja nicht so wichtig sein. Diese Strategie mag im Leben oft wertvolle Zeit sparen, die man sonst aufwenden muss, um Menschen abzuwimmeln, die einem etwas verkaufen wollen. Oder anderweitig stören. Doch wenn man sich verlaufen hat, wäre es dann doch empfehlenswert, ranzugehen. Kürzlich



hat es ein vermisster Wanderer in den Rockies auf die Spitze getrieben und neben Anrufen auch noch zahlreiche SMS und Sprachnachrichten ignoriert. Die Strafe? Zum Glück nur die, dass er deutlich länger gebraucht hat, um zu seinem Auto zu finden. Der entsendete Suchtrupp war nämlich, wie sich herausstellte, ganz in seiner Nähe, doch der Mann nahm einen langen Umweg. In der Zeit hätte er viele Verkäufer abwimmeln können. *Dominik Guggemos*

Antisemitismus Bundesallianz gegründet

Berlin. Zehn migrantisch geprägte Organisationen haben sich zu einer Bundesallianz gegen Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit zusammengeschlossen. Zu Mitgliedern zählen der Dachverband der Migrant:innenorganisationen in Ostdeutschland, die Iranische Gemeinde in Deutschland, die Türkische Gemeinde in Deutschland, der Zentralrat der Muslime in Deutschland sowie das Zentrum gegen Antisemitismus. *kna*

Polen Ermittlung gegen Schleuser

Warschau. Die Staatsanwaltschaft im Osten Polens ermittelt in mehr als 180 Verfahren gegen mutmaßliche Schleuser von Migranten, die über Belarus illegal in die EU einreisen wollten. Von den Ermittlungen seien mehr als 700 Personen betroffen, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Es handele es sich nicht nur um die Fahrer von Lieferwagen mit Flüchtlingen an Bord. Meist seien am Schmuggel auch „Lotsen“ beteiligt, die dabei helfen sollen, Kontrollen zu umfahren. *dpa*

